

Paul Schäfer

Afghanistan 2012

Ein Reisebericht aus dem Jahr 11 der NATO-Militärintervention



Bezug

MdB Paul Schäfer
Platz der Republik 1
11011 Berlin
paul.schaefer@bundestag.de
www.paulschaefer.info

Reiseprogramm

Die Obleute des Verteidigungsausschusses reisten in der Zeit vom 8. – 13. Oktober nach Pakistan und Afghanistan. Die Stationen der Reise waren Islamabad/Rawalpindi (8.10.), Kabul (9.10.), Mazar e Sharif (10./11.10.) Kunduz (11.10/12.10). Von Kunduz aus wurde ein Abstecher zur vorgeschobenen Operationsbasis OP North in der Nähe von Pol e Komri gemacht.

In Pakistan sprachen wir mit dem Chief of Staff, Generalleutnant Waheed Arshad und weiteren Generälen, einer ganzen Reihe von Parlamentsabgeordneten (Senatoren, eine Senatorin), dem stellvertretenden Sprecher der Nationalversammlung (Parlament), der Außenministerin Malik Hamad Khan und dem Verteidigungsminister Naveed Qamar. Bei einem Abendempfang hatten wir Gelegenheit zum Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft bzw. Wissenschaft (International Crisis Group, FriedensforscherInnen, etc.)

In Kabul fanden Meetings statt mit dem außenpolitischen Berater des Präsidenten, Rangin Spanda, dem Außenminister Zalmay Rassoul, dem stellvertr. Verteidigungsminister, Hamayoon Fawzo, dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, dem stellvertretenden ISAF-Kommandeur Generalleutnant Adrian

Bradshaw und dem Stellvertreter des NATO-Beauftragten für zivile Angelegenheiten, Andrew Steinfeld. Bei einem Abendempfang in der Botschaft gab es die Möglichkeit des Gedankenaustauschs mit Repräsentanten und Repräsentantinnen der deutschen Stiftungen, der Wirtschaft, der EU-Polizei und von Nichtregierungsorganisationen.

In Mazar e Sharif konnten wir mit dem Chef des Regionalkommandos Nord (RC North), seinem Stab, den Mentoren bei der Afghan National Army (ANA) und der Afghan National Police (ANP) und Vertretern der afghanischen Zivilgesellschaft sprechen.

In Kunduz besuchten wir das Provincial Reconstruction Team (PRT), führten Gespräche mit dem militärischen und dem stellvertretenden zivilen Leiter der Mission und diskutierten mit dem UNAMA-Beauftragten für die Region (UNO-Mission in Afghanistan.).

Erstmals konnte ich den Bundeswehr-Außenposten OP North (bei Pol e Komri) besichtigen. Dort hatten wir ein ausführliches Briefing durch den im SPIEGEL porträtierten Oberstleutnant Mayer und dessen Team.

An allen drei Standorten fanden ausführliche Gesprächsrunden mit den Soldatinnen und Soldaten vor Ort statt.

Pakistan – eine neue Erfahrung

In Pakistan hielt ich mich zum ersten Mal auf. Es war ein kurzer Besuch, aber dennoch aufschlussreich genug, um Eindrücke darüber zu gewinnen, wie die militärische, wirtschaftliche und politische Elite dieses Landes tickt. In den Gesprächen sollte auch ausgelotet werden, welche Rolle dieses Land künftig in der Region und darüber hinaus spielen will.

Wir waren ziemlich verblüfft, dass wir mit spiegelverkehrten Anklagen gegen das Nachbarland Afghanistan konfrontiert wurden. In dieser Lesart kommt der Terrorismus aus Afghanistan, die „Safe Havens“ der Terroristen befinden sich im Kunar-Tal, von dort werden auch die Angriffe auf Pakistan lanciert. Gegen diese terroristische Bedrohung aus dem bösen Nachbarland, müsse sich Pakistan behaupten und zahle dafür einen hohen Blutzoll. Und in der Tat, das wurde uns eindrucksvoll vorgeführt, hat die Armee des Landes im Kampf gegen die „pakistanischen“ Taliban in den sog. Stammesgebieten mehrere tausend Tote zu beklagen.

Dass die Machthaber des Landes ihren Anteil daran haben, dass die sog. selbstverwalteten Stammesgebiete (FATA) zu einem Rückzugsgebiet für Terroristennetzwerke von Uzbekistan über Afghanistan bis Kaschmir geworden sind (was natürlich in erster Linie ein Resultat des Afghanistan-Krieges der NATO ist!), bleibt unerwähnt. Vor allem die lange herrschende Militärjunta in Islamabad hat diese Entwicklung lange ignoriert und durch ihre Islamisierungspolitik noch gefördert. Unterschlagen wird systematisch, die Rolle speziell des pakistanischen Geheimdienstes ISI beim Aufbau, der Kontrolle und Beeinflussung der afghanischen Taliban. Auch auf Nachfragen bleiben Fragen nach der Quetta Shura oder den Taliban-Führern in Peshawar unbeantwortet.

Die richtige These der Außenministerin, man müsse alles daran setzen, den gewaltförmigen Konflikt in Afghanistan in einen politischen zu transformieren und dies gehe nur über Dialog, wird nicht auf das eigene Handeln bezogen. Auf entsprechende Fragen unseinerseits, gab es die ziemlich scheinheilige Antwort, dass man schlicht keine Einflussmöglichkeiten auf die Taliban-Führung habe.

Summa summarum ergibt sich das triste Bild, dass

Pakistan dabei stehenzubleiben scheint, die Taliban als Faustpfand für die eigene Einflussnahme im Nachbarland einsetzen zu wollen. Auch die Gerüchte, der Geheimdienst ISI, der Pate Mullah Omars und der Taliban, sei entmachtet worden, oder habe an Einfluss verloren, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es diese Instrumentalisierung des bewaffneten Widerstands in Afghanistan gibt.

Gefragt wurde danach, ob es ein wirkliches Tauwetter mit dem Nachbarland Indien gebe. Tatsächlich wurden die Spannungen in den Beziehungen reduziert, wurde Säbelrasseln durch vermehrten Dialog ersetzt. Aber diese De-Eskalation hat bisher noch kaum greifbare und stabile Ergebnisse, gezeitigt. Die scharfe Rivalität bleibt auf der Tagesordnung – und damit auch der Stellvertreter“krieg“ in Afghanistan. PAK steht in puncto Friedensprozess dort auf der Bremse, weil es den wachsenden indischen Einfluss fürchtet und sich nicht ausreichend einbezogen fühlt.

Die paranoiden Züge, die das Regime zu offenbaren scheint, haben offenkundig auch mit der tiefgreifenden ökonomischen Krise zu tun, in der sich das Land seit einiger Zeit befindet. Der drohende Kollaps der Staatsfinanzen beschränkt natürlich die Handlungsmöglichkeiten des Landes auch in der internationalen Politik. Zu dieser Krise und der Stagnation des Landes haben die verfestigten Feudalstrukturen in der Landwirtschaft und der militärisch geprägte Obrigkeitsstaat wesentlich beigetragen. Die stinkreiche Oberschicht des Landes zahlt bis heute keinen Cent Steuern! Wenn es die Rücküberweisungen der Pakistani in England und anderswo nicht gäbe, wäre die Lage noch katastrophaler.

Was die besorgniserregende innenpolitische Entwicklung betrifft – die aggressive Islamisierung – so sei daran erinnert, dass Pakistan das einzige Land der Welt ist, dessen Gründungsidee (-motiv) ausschließlich religiös bestimmt ist. Das wirkt bis heute und wurde in den letzten zehn Jahren nicht zuletzt durch die Kriege im Irak und in Afghanistan, durch die Islamophobie in westlichen Ländern befeuert.

Die breite innerpakistanische Debatte um den brutalen Anschlag der Taliban auf ein minderjähriges Schulkind kann als Indiz dafür gesehen werden, dass

den säkularen bzw. den toleranten Kräften eventuell neue Spielräume offen stehen. Das könnte v.a. vor dem Hintergrund der Wahlen im nächsten Frühjahr noch wichtig werden. Auch diesen Umstand sollte man nicht vergessen. Nach der Überwindung der Militärdiktatur haben sich zaghafte Ansätze demokratischer Strukturen entwickelt, die allerdings zum einen zu nicht geringen Teilen von den Landlords okkupiert sind und die neben den weiterhin dominanten Militärmacht-Strukturen existieren. Gerade vor dem Hintergrund einer solchen Lagebeschreibung wird die Notwendigkeit augenfällig, dass man Pakistan in die regionalen diplomatischen Bemühungen einbinden muss (keine weitere Isolation zulassen!), dass man die zivilgesellschaftlichen und demokratischen Ansätze fördern sollte und dass man mehr für die Entwicklungszusammenarbeit mit diesem wichtigen Land tun muss.

Afghanistan vor wichtigen Weichenstellungen

Mein inzwischen zehnter Besuch in Afghanistan führte zu bekannten Orten wie Kabul, Mazar e Sharif, Kunduz, was den Vorteil hat, das man Vergleiche ziehen kann: Was hat sich entwickelt? Gibt es überhaupt Veränderungen? Wie ist die Stimmungslage unter den militärischen Führern, den „einfachen“ Soldaten und bei den Afghaninnen und Afghanen (mit denen wir freilich immer nur sehr eingeschränkt Kontakte knüpfen können)?

Reiseimpressionen

Kabul bleibt für mich eine bizarre Stadt. Da gibt es die festungsartig bewachte Zone, in der regiert, verwaltet wird, in der sich die sog. „Internationals“ (ISAF, Botschaften, internationale Einrichtungen) aufhalten und man nicht den Eindruck hat, das sich irgendetwas zum Besseren wenden könnte. Nach dem Anschlag auf die deutsche Botschaft ist auch diese noch mehr befestigt worden; deutsche Hilfsorganisationen mussten unter das Dach der Botschaft flüchten, um weiterarbeiten zu können. Da gibt es die Scheinwelt der vornehmen Hotels, die versuchen, hinter einem äußeren Festungsring etwas heile Welt vorzugaukeln, was aber schon durch den hohen Anteil von Sicher-

heitsleuten in entsprechender Uniformierung durchbrochen wird. Da gibt es die sich weiter ausdehnende „Innenstadt“, die einem riesigen Marktplatz gleicht, und dazwischen eine nicht enden wollende Fahrzeugkolonne (Autos, Motorräder, LKWs, Kleinbusse); Indizien dafür, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung sich etwas mehr leisten kann. Dennoch bleibt die Frage, wie sich die Tausenden von Kleinhändlern, die die Durchgangsstraßen säumen tatsächlich über Wasser halten können. Und wie will das nach wie vor bettelarme Land dem nahezu täglichen Verkehrskollaps begegnen, was nur durch erhebliche Investitionen in ein öffentliches Verkehrssystem gelingen kann? Zu meinem Erstaunen vermittelt die Straße vom Flughafen ins Zentrum das Bild einer relativ sauberen, und halbwegs gepflegten Stadt. Das ist neu. Auf Nachfrage erfährt man, dass der neue Bürgermeister von Kabul allgemein als sehr tüchtig eingeschätzt wird, der auch eine städtische Müllabfuhr hat aufbauen lassen. Das Ergebnis ist deutlich zu sehen. Dieser Eindruck gibt allerdings nur einen kleinen Ausschnitt der Stadt wieder. An den Hängen um die Kernstadt dehnen sich weiter die Elendsquartiere aus, in denen es oft am Allernotwendigsten fehlt. Eine Strategie der Regierenden, dieser andauernden Polarisierung der Einkommens- und Lebensverhältnisse entgegenzuwirken, ist nicht erkennbar. Und es bleibt dabei, dass es kaum eine andere Stadt der Welt gibt, in der die Umweltbelastungen so hoch sind, wie hier. Davon zeugt der gelbe Schleier, der in den Wintermonaten über der Stadt liegt, der auch auf die zahllosen Verbrennungsaktionen wegen unzureichender Energieversorgung zurückzuführen ist.

In Mazar e Sharif konnten wir uns zumindest „aus der Ferne“ einen besseren Eindruck über das starke Wachstum dieser Stadt, die gerne in NATO-Kreisen als „Boomtown“ bezeichnet wird, verschaffen. In der Tat, neue Wohnviertel entstehen, Straßen werden gebaut, demnächst soll ein komplett neuer, ziviler Flughafen eingeweiht werden. Aber gerade in dieser Stadt und deren Umfeld, in der in den letzten Jahren mit Camp Marmal und dem hinzugefügten US-Camp das riesige Logistikzentrum für die NATO-Truppen aufgebaut wurde, wird sich die Frage stellen, wie ein Abzug/Teilabzug der Truppe, die ein erheblicher lokaler

Wirtschaftsfaktor ist, verkräftet werden soll.

Im Kunduz-Tal konnte ich, nicht zuletzt durch den Hubschrauber-Flug zum OP North, einen deutlicheren Eindruck gewinnen, wie wichtig diese vom Kunduz-Fluss gespeiste „grüne Lunge des Nordens“ für die Lebensmittelversorgung des Landes bereits heute ist, welches Potenzial hier für die künftige Entwicklung liegt. Der Anbau von Reis, Weizen, Mais, Zuckerrüben u.a. ist intensiviert worden; Ende November soll die mit deutscher Hilfe wieder aufgebaute Zuckerfabrik bei Pol e Khomri ihre Arbeit mit ca. 70 Beschäftigten wieder aufnehmen. Gerade diese Eindrücke bestärken mich in der Überzeugung: Einer der schwerwiegendsten Fehler der afghanischen Regierung und der ISAF ist in der zu langen Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Entwicklung zu sehen. Ob die heutigen Bemühungen ausreichen, erscheint eher zweifelhaft, kann von mir aber auch nicht abschließend beurteilt werden.

Vor den Neuwahlen

Die afghanische Entwicklung, das wird bereits aus den ersten Gesprächen klar, ist von zwei Prozessen nachdrücklich geprägt: Dem angekündigten Abzug der ISAF-Truppen mit Kampfauftrag bis Ende 2014 und den Neuwahlen des Präsidenten und des Parlaments 2014/2015. Präsident Karzai darf laut Verfassung nicht wieder antreten, was schon heute zu hektischen Versuchen der verschiedenen politischen Lager führt, sich neu aufzustellen, sich in Position zu bringen. Die sog. „Übergabe in Verantwortung“ (so der gängige NATO-Terminus) führt zu großer Verunsicherung, neu aufkommenden Ängsten und Besorgnissen, aber auch zu neuen Hoffnungen, dass man endlich das Schicksal in die eigene Hand nehmen könne, auch verbunden damit, dass man das in weiten Kreisen als ineffizient und korrupt geltende Karzai-Regime überwinden könnte. Afghanistan vor entscheidenden Weichenstellungen, so lässt sich die Stimmungslage beschreiben. Aber wird sich an den tatsächlichen Verhältnissen wirklich all zu viel ändern? Und was passiert, wenn der Status Quo unter etwas veränderten Vorzeichen letztlich fortgeschrieben wird? Bei unserem Treffen hat die Forschungs- und Politikberatungseinrichtung International Crisis Group das Schreckgespenst eines

wieder aufkeimenden Bürgerkrieges an die Wand gemalt. Auch andere Kommentatoren verkünden eher düstere Prognosen. Die NATO gibt sich – wie das Karzai-Lager – sehr optimistisch. Man habe die schwere Krise der vergangenen drei Jahre überwinden, habe die Aufstandsbewegung militärisch signifikant schwächen können und die Afghaninnen/Afghanen seien jetzt in der Lage, das Land auch künftig stabil und „terroristenfrei“ zu halten. Doch was gilt nun? Woran kann man sich halten?

Die Sicherheitslage - nüchtern betrachtet

Wie ein roter Faden zog sich die Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan durch unsere Gespräche. Um die Sicherheitslage bewerten zu können, führte die NATO bislang immer als Indikator an, wie viele „sicherheitsrelevante Zwischenfälle“ (Sprengstoffanschläge, Gefechte) es jeweils gegeben habe, wie viele der eigenen Soldaten verwundet bzw. getötet worden seien.

In dieser Hinsicht zeichnet sich ab, dass sich in der Bilanz des Jahres 2012 eine „Stabilisierung“ auf dem Niveau von 2011 ergeben wird. Das heißt: Dieses Ergebnis liegt unter dem Gewalthöhepunkt 2010, aber erheblich über dem Jahre 2009, in dem die Aufstandskräfte deutlich in der Offensive waren. Aus diesen Zahlen lässt sich jedenfalls eine nachdrückliche Stabilisierung des Landes, von einer Befriedung ganz zu schweigen, nicht ableiten.

Dennoch hat sich in den vergangenen Monaten im Lande eine veränderte Lage ergeben: Der starke Truppenaufwuchs der NATO-Armada hat die Aufstandsbewegung zu einer anderen Art der Kriegführung veranlasst. Noch mehr als früher setzt man auf Sprengstoff-, und Selbstmordanschlägen (wenn auch mitunter in Verbindung mit Einzelgefechten), um auf diese Weise die militärische Unterlegenheit zu kompensieren. Dass heute die Afghanen in der ersten Reihe kämpfen und sich die NATO-Truppen mehr und mehr in Reserve halten, hat auch zur Konsequenz, dass sich die Attacken der Aufständischen insbesondere gegen die afghanischen Sicherheitskräfte (ANSF) richten. Nicht zuletzt ist die in letzter Zeit verstärkt aufgebaute Afghan Local Police (ALP) zur Zielscheibe der Aufständischen geworden, weil durch diese bewaff-

neten Einheiten im Dienste der Regierung die eigenen Bewegungsspielräume eingegrenzt werden könnten. Dieser Wandel machte sich auch in den „Opferzahlen“ bemerkbar.

ISAF meldet einen spürbaren Rückgang der eigenen Opferzahlen. Das erscheint angesichts der Übergabe der „Sicherheitsverantwortung“ an die ANSF plausibel. Die Vergleichszahlen liegen bei 268 Gewaltopfern gegenüber 384 im Jahre 2011. Die Bundeswehr hat 2012 bisher keine Toten zu beklagen.

Im Dunkeln verblieben bisher die Verluste der afghanischen Sicherheitskräfte; man war auf Vermutungen angewiesen. Aber Zahlen über die Opfer bei der afghanischen Armee (ANA) und der Polizei (ANP) werden durch die sog. Übertragung der Sicherheitsverantwortung an die Afghanen (die sog. Transition), wie bereits gesagt, immer wichtiger, will man die tatsächliche Sicherheitslage bewerten können.

Über die Verluste auf afghanischer Regierungsseite waren in Afghanistan selbst aus naheliegenden Gründen keine näheren Daten in Erfahrung zu bringen. Darüber schweigt man lieber. Im Verteidigungsausschuss wurde auf meine Frage bspw. erklärt: Während sich die diesbezüglichen Zahlen (Tote, Verletzte) für ISAF um 30% reduziert hätten, gehe man bei den afghanischen Sicherheitskräften von einer Zunahme von 40 % aus. Der stellvertretende NATO-Befehlshaber sprach davon, dass es eine Steigerung bei den afghanischen Sicherheitskräften (ANSF) von rund 30% gäbe. Das Bundesministerium der Verteidigung bemühte sich schnell hinzuzufügen, dass man aber bedenken müsse, dass es natürlich einen Unterschied mache, ob Soldaten in den geschützten DINGO-Fahrzeugen der Bundeswehr auf Patrouille seien, oder afghanische Polizisten im offenen Pickup. Daher sei die Verlustrate bei letzteren natürlich viel höher, ohne dass daraus eine Intensivierung der Gewalt abgeleitet werden könnte.

Auf unser Drängen hin, sollen jetzt – soweit vorhanden – in die wöchentliche Unterrichtung des Parlaments auch diese afghanischen Zahlen aufgenommen werden. Wenn man diese ins Verhältnis setzt zu den Mitteilungen, die auf der Homepage der NATO seit geraumer Zeit nachzulesen sind, so ergibt sich, dass wir es mit erheblichen Verlusten auf der afghanischen

Seite zu tun haben und mit einem beträchtlichen Anstieg dieser Verluste.

Eine Zahl lautet: Von Beginn des Jahres bis zum 30.09.12 sind 1.545 Angehörige der ANSF gefallen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 1.199. In ihrer Datensammlung geht die NATO davon aus, dass die afghanischen Sicherheitskräfte gegenwärtig Monat für Monat deutlich über 500 Tote und Verwundete zu beklagen haben.

Bei Lichte besehen, wird man zu dem Ergebnis kommen: Das Ergebnis des Truppenaufwuchses der US-Kräfte und des beschleunigten Aufbaus der afghanischen Armee und Polizei ist bestenfalls als gemischt zu bezeichnen (so die New York Times am 24.9.2012). Die Zahl der Gewaltakte bleibt hoch und ist in letzter Zeit sogar wieder angestiegen. Nach einigen spektakulären Anfangserfolgen scheint es bestenfalls gelungen zu sein, die Spirale der Gewalt auf etwas niedrigerem Niveau zu halten.

Welche Folgen der Rückzug von ISAF aus der Fläche haben wird (s.u.), lässt sich gegenwärtig nicht exakt vorhersagen; es bleibt die Schlussfolgerung, dass die Gewaltintensität in Afghanistan kaum zurückgegangen ist und dass dieser Zustand voraussichtlich anhalten wird.

Nach Lesart des britischen Generals Bradshaw, des stellvertretenden Kommandierenden der ISAF-Truppen, den wir in Kabul sprechen konnten, hat die NATO das „Momentum“ der Aufständischen im Jahre 2010 gebrochen und seitdem diesen Zustand konsolidiert. Und er fügte in unserem Gespräch hinzu, das Ziel der NATO sei eben nicht mehr „the total defeat of the insurgency“, es gehe darum, dauerhaft zu verhindern, dass von Afghanistan die Gefahr des internationalen Terrorismus ausgehe. Und dieses Ziel sei erreichbar. Das alles klingt doch sehr danach, dass man die Messlatte für den Erfolg der NATO-Militärintervention deutlich niedriger hängt – um die Mission letztendlich als Erfolg verkaufen zu können.

Das wird durch Aussagen aus den Reihen der Bundeswehr erhärtet, in denen noch schärfer formuliert wird: Man habe jetzt das größtmögliche Maß an Stabilität erreicht, jetzt komme es darauf an, dass dieses Ergebnis durch die ANSF gefestigt würde. Im Klartext: Man möge sich darauf einstellen, dass der jetzige

Zustand im Lande, beschönigend als relativ stabil beschrieben, noch lange anhalten wird.

Schlimmer noch: Man geht sogar davon aus, dass der Teilabzug der ISAF-Kräfte und der Rückzug aus der Fläche, das Vordringen der Aufständischen (z.T. vermischt mit Zunahme der Organisierten Kriminalität) in weitere Provinzen wahrscheinlich werden lässt.

Die Sicherheitslage im Bereich des Regional Command North ist ein Indiz für den gegenwärtigen Status Quo: In den usbekisch/tadschikisch geprägten Gemeinden ergibt sich traditionell eine eher positive bis neutrale Haltung gegenüber ISAF, in den paschtunischen Siedlungsgebieten eine eher ablehnende bis feindliche Haltung. In solchen Gemeinden wie Khanabad, Aliabad, Archi und den Khel-Dörfern, in denen auch die ANSF kaum vertreten sind und in denen keine Entwicklungsprojekte stattfinden (können?), bleibt die Sicherheitslage prekär, von dort ist immer wieder mit Attacken zu rechnen. Auch hier geht man nicht von schnellen Erfolgen aus. Die militärische Aufgabenstellung ist relativ klar umschrieben: Den Baghlan/Kunduz-Korridor freihalten und die größeren Städte verteidigen. Diese eher defensive Zielstellung wird künftig und überwiegend den ANSF obliegen; sie umzusetzen, scheint erreichbar zu sein. Nicht mehr und nicht weniger.

Interessanterweise geht auch der Bundesnachrichtendienst in einem Bericht vom Oktober dieses Jahres, der in der deutschen Öffentlichkeit einige Wellenschlug, davon aus, dass sich keine nennenswerte Änderung bzw. Besserung der Sicherheitslage ergeben wird. Aber man bestätigt dort, dass es auch künftig gelingen könnte, gestützt auf die ANSF, wichtige strategische Bereiche gegen die Aufstandsbewegung zu

verteidigen. Ein Durchmarsch der Taliban auf Kabul wird nicht nur bei den Nachrichtendiensten ziemlich ausgeschlossen.

Dort, aber auch in anderen Quellen, findet sich der interessante Hinweis, dass der in Gang gesetzte Truppenabzug bereits heute zu „Nichtangriffspakten“ bzw. „Stillhalteabkommen“ zwischen Aufständischen und Lokalverwaltung v.a. im ländlichen Bereich führe. Diese Entwicklung könnte durchaus zu einer gewissen Abschwächung der Gewalt führen, die Frage bleibt an der Stelle, was solche Arrangements für die Regierungsführung, die Menschenrechte und den Alltag der Menschen dort bedeutet. Das bleibt bis dato im Dunkeln.

Eine höchst spannende Facette wurde im Gespräch mit ANA-Generälen deutlich. Einer der Offiziere wies darauf hin, dass der Abzug der NATO-Truppen durchaus zu einer Schwächung des gewaltsamen Widerstandes führen könne. Den Aufständischen werde ein wichtiger Teil ihrer Legitimation – der Kampf gegen die ungläubigen Fremden, die dem Land ihren Willen aufzwingen wollen – entzogen. Dieser Aspekt wird interessanterweise auch im Bericht des deutschen Nachrichtendienstes betont: Weil die Präsenz der ISAF eine wesentliche Motivation für den bewaffneten Widerstand sei, die also neben den nicht immer zielführenden Militäroperationen, den Aufstand gefördert hätten, biete jetzt der Abzug der NATO-Truppen die Chance der Beruhigung der Lage.

Es ist schon verblüffend, dieses zentrale Argument der LINKEN für den Rückzug der NATO aus Afghanistan nun aus dem Mund der Protagonisten der Militärmission zu hören.

Truppenabzug und Transition

Die Gespräche mit der militärischen Führung in Mazar und Kunduz (also General Pfeffer et al.) war bestimmt von der Fragestellung, wie der sogenannte Transitionsprozess, d.h. die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Seite, zu bewerkstelligen ist, welche Konflikte dabei auftreten und wie die Zukunftsperspektiven des Landes unter dieser Voraussetzung einzuschätzen seien. Was die Übergabe der Sicherheitsverantwortung konkret zu bedeuten hat, konnte nicht so recht klar gemacht werden – von den feierlichen Übergabe-Zeremonien abgesehen. Aber genau darauf scheint es der ISAF-Führung und der afghanischen Regierung anzukommen. Diese Prozeduren zielen in Sonderheit darauf ab, der afghanischen Bevölkerung den Eindruck zu vermitteln, dass es mit der Übergabe der Sicherheitsverantwortung ernst gemeint sei.

Gegenwärtig hat der Übergang von der Tranche 3 zur Tranche 4 begonnen, an dessen Ende nächstes Frühjahr 76% (statt 28%) der Bevölkerung und 260 (statt 122) Distrikte unter afghanischer Führung stehen sollen. Mitte nächsten Jahres sollen alle Landesteile unter afghanischer Kontrolle sein. Daraus könnte geschlussfolgert werden, dass ab diesem Zeitpunkt keinerlei auswärtige Truppen für Kampfeinsätze vonnöten seien. Daran scheint sich auch Frankreich zu orientieren, dass zu diesem Zeitpunkt seine Kampfverbände herauslösen will. Aber die NATO-Behelfskonstruktion lautet, dass man noch bis Ende 2014 – und dieser Zeitplan ist nunmal beschlossen worden – die Führung auf der strategischen Ebene behalten will und behalten müsse. Genauer gesagt: Die gesamte Operationsplanung wird weiter den Vorgaben des ComISAF folgen, der sich auch vorbehalten wird, Sonderaktionen der US-Special Forces zu befehlen und anzuführen. Falls das zutrifft könnte man hier auch als Schlusssatz reinschreiben: „Das wurde auch von unseren Gesprächspartnern bestätigt“

Konsequenzen für die Bundeswehr

Richtig ist, und das konnten wir allenthalben, in allen Gesprächen, verfolgen: Der Rückzug der NATO-Truppen aus der Fläche hat begonnen, so auch im Norden. Im RC North sind die Ost- (Feyzabad) und

die Westflanke (Faryab/Maimanneh) bereits aufgegeben. Es verbleibt die Konzentration auf den Baghlan-Kunduz-Korridor. Im Falle des Vorpostens OP North heißt dies, dass auch dort die Auflösung im nächsten Jahr bevorsteht, denn Reduzierungen sind nicht mehr möglich, wenn man die Funktionsfähigkeit aufrechterhalten will.

Das neue Kräftedispositiv ist davon bestimmt, dass die verbleibenden Verbände nicht mehr (oder kaum mehr) zu eigenständigen Operationen befähigt sind. Dies gilt z.B. für die Truppe im OP North, die durch den Abzug einer Infanteriekompanie nur noch in der unterstützenden Rolle agieren kann. Die Neudefinition des Auftrages – Beraten, Ausbilden, Nothilfe – hat auch zur Umstrukturierung der Bundeswehr im RC North geführt. Die vormals geschlossenen Verbände (Quick Reaction Force, Ausbildungs- und Schutzkompanien, Task Forces, werden aufgegliedert in jeweils kleinere Mentorenteams, die bei der Ausbildung von ANA und ANCOP helfen, aber auch Operationen begleiten. Es verbleiben sogenannte *Forward Deployable Forces*, die gegebenenfalls zu Hilfe eilen können.

Das sogenannte *Redeployment* steht erst am Anfang. Die Planung des (Teil-)Rückzugs hat aber begonnen und soll im Laufe des Jahres 2013 vorangebracht werden. Noch wird per Saldo mehr Material nach Afghanistan verbracht als zurückgeführt. Beispiel: 18 ältere Dingos werden in diesem Jahr zurückgebracht, aber zugleich mehr neue DINGO 2 zugeführt. Auch neue Kampfhubschrauber TIGER sollen in diesem Jahr nach Afghanistan geliefert werden.

Man geht davon aus, dass der Großteil des Materials nach Deutschland mitgenommen werden wird (Material-Absteuerung). Da die Pakistan-Route zwar wieder offen ist, aber prekär bleibt (auch kostenträchtiger) wird die Möglichkeit einer dritten Abzugsroute (Pakistan, Termez) geprüft. Insbesondere mit der Türkei wird darüber verhandelt.

Auch für das PRT Kunduz ergeben sich Umstellungen. Die dort noch befindlichen 1.835 deutschen Beteiligten – ganz überwiegend Soldaten – konzentrieren sich auf die Aufgaben „Key-Leader-Engagement“ (nach dem Rückzug aus der Fläche noch wichtiger geworden), die Sicherstellung des Auftrages der Advisory Teams (also Logistik, Versorgung usw.), die

Sicherung des Stützpunktes als solchen und auf die Vorbereitung des Re-Deployment. Was es in diesem Zusammenhang mit der Übernahme der Führung durch den zivilen Leiter (in der Doppelfunktion AA/EZ) auf sich hat, bleibt diffus. Die praktischen Veränderungen dürften minimal sein, zumal der absolute Großteil des Kontingents weiter aus Soldatinnen/Soldaten besteht.

Was ist über den NATO-Truppenabzug bekannt?

Fasst man zusammen, was sich aus den bisherigen Erkenntnissen über den NATO-Truppenabzug, und den Plänen für ein Folgemandat ergibt, so kann Folgendes gesagt werden:

Der Truppenaufwuchs der US-Kräfte seit 2009 ist zurückgefahren worden. D.h. nach dem Rückzug von 35.000 US-Soldaten, verbleiben noch ca. 68.000 US-Militärangehörige im Land.

Mit den Reduzierungen der Verbündeten (Bundeswehr reduziert von 4.900 auf 4.400, andere ISAF-Staaten ebenso, oder haben – wie die Niederlande – ihre Kräfte bereits umgruppiert) stehen zur Zeit etwas über 91.000 NATO-kommandierte Soldaten im Land.

Für nächstes Jahr sind weitere Reduzierungen angekündigt – so die Franzosen, die bis Mitte 2013 ihre Truppen zurückzuführen wollen. (Dazu gibt es die Aussage von NATO-Offiziellen, dass dies „kompensiert werden könne“)

Die Rückbauzahlen für Ende 2013 auf Seiten der Bundeswehr sind gerade bekannt gegeben worden: 3.300 Soldaten am Beginn des Jahres 2014. Das soll im nächsten BT-Mandat im Januar 2013 verankert werden. Insgesamt kommen Fachleute auf eine Zahl von ca. 50.000 NATO-Soldaten am Ende des Jahres 2013.

Für Ende 2014 wird in Insiderquellen der Umfang des NATO-Kontingents auf ca. 15.000 geschätzt; dazu sollen aber evtl. noch zehntausend Soldatinnen und Soldaten aus Nicht-NATO-Ländern kommen. Möglicherweise könnte das auch der angedachte Umfang der ISAF-Folgemission sein. Für die Bundeswehr werden dabei Zahlen zwischen 1.000 und 2.000 gehandelt. Die Führung des ISAF-Folgemandats durch die NATO wird wie selbstverständlich vorausgesetzt. Die

neue Mission, die ab 2015 beginnen soll, deren Ende offen ist, hat auch schon einen Namen: ITAAM.

Angesichts der eindrucksvoll erscheinenden Rückführungszahlen sollte nicht vergessen werden: Zählen wir die ISAF-Soldaten mit den stark aufgewachsenen afghanischen Sicherheitskräften zusammen, so ergibt sich eine Gesamtzahl an bewaffneten Kräften im Land, die immer noch doppelt so hoch wie im Jahre 2008, und viermal so hoch wie 2006 ist! Von einer rigorosen Entmilitarisierung des Konflikts bzw. der Reduzierung der Gewaltpotenziale kann also keine Rede sein.

Zukünftiges NATO-Mandat

Derweil ist die Debatte über das neue Mandat nach 2014 in vollem Gange. In unserem Gespräch mit dem außenpolitischen Berater des Präsidenten, des früheren Außenministers Rangan Spanda, war erkennbar, dass es innerhalb der Administration und der politischen Kräfte im Lande durchaus unterschiedliche Auffassungen gibt, wie diese „Mission“ aussehen sollte. Spanda wies darauf hin, dass man für eine Ausbildungsmission kein Mandat unter dem Kapitel VII der UN-Charta brauche. Die mit solchen Erzwingungsmissionen verbundenen Eingriffsrechte in die jeweilige nationalstaatliche Souveränität würde man eigentlich ablehnen. Das aber sei kein Regierungskonsens. Ob also die afghanische Regierung vehement für ein Kapitel VI-Folgemandat plädieren wird, bleibt unklar, ist aber nicht ausgeschlossen. Aus NATO-Kreisen wird überhaupt in Frage gestellt, ob es zwingend eines neuen UN-Mandates bedürfe; schließlich reiche eine Einladung der Regierung in Kabul doch aus. Und wenn die UN mandatiere, so komme nur eine Ermächtigung zum wirkungsvollen Schutz der eigenen Truppen unter Kapitel VII in Frage. Dieser Punkt wird uns weiter beschäftigen.

Die afghanische Regierung hat mit einzelnen Staaten, vor allem den USA, aber auch der Bundesrepublik „strategische Partnerschaftsabkommen“ abgeschlossen, in denen auch weitere militärische Kooperation festgehalten sind, aber die Details sollen noch ausgehandelt werden.

Wenn es nach den derzeitigen Regierungen in Kabul und Washington geht, bleibt es bei den Sonderbeziehungen zwischen den USA und Afghanistan, was

bedeutet, dass die USA auf längere Sicht einen bestimmenden, zumindest erheblichen Einfluss auf die Geschicke und die Ausrichtung des Landes haben werden. D.h. auch – und dafür spricht der Augenschein des massiven Ausbaus des US-Stützpunktes in Mazar – dass die USA auf der Nutzung verschiedener Militärbasen im Land bestehen werden. In diesem Kontext stellt sich die Frage, was künftig aus den Spezialeinsätzen („Capture or Kill“) der US-Spezialkräfte wird, mit denen Aufständische oder Terroristen (?) bekämpft werden sollen. Darauf gab es in den Gesprächen mit den afghanischen Regierungsvertretern keine eindeutige Antwort. Die Aufstandsbekämpfung wolle man künftig in Eigenverantwortung durchführen (so wird auch Präsident Karzai in der Presse zitiert), für die Bekämpfung des Terrorismus glaubt man – wahrscheinlich gerade mit Blick auf Pakistan – auf die Unterstützung der USA angewiesen zu sein. Aber das sei noch Verhandlungssache. Das verheißt nichts Gutes. Es würde möglicherweise darauf hinauslaufen, dass es neben der neuen Militärmission ITAAM (s.u.) noch eigene militärische Operationen der Special Forces gibt, die weiterhin undurchsichtig und nach ganz eigenen Regeln stattfinden würden. Wie soll da sichergestellt werden, dass es nicht mehr zu den unerwünschten Folgen dieser Einsätze kommt? Was würde es bedeuten, wenn Afghanistan noch mehr als bisher Ausgangspunkt für Militäraktionen der USA gegen sog. Terroristen-Netzwerke in Pakistan werden würde? Und warum wird ein solcher Einsatz überhaupt als notwendig angesehen, wenn als entscheidende Vorbedingung für den gegenwärtigen NATO-Truppenabzug die Eliminierung der Terrorgefahr genannt wird? Dann wird doch die Erreichung dieses Ziels bis Ende 2014 vorausgesetzt. Wozu also weiter Anti-Terror-Krieg in Afghanistan?

Der Zustand der afghanischen Sicherheitskräfte

Kernpunkt der sog. Transition – und das wurde in den Gesprächen vor Ort immer wieder deutlich – ist die Übergabe der Sicherheitsverantwortung von der NATO auf die afghanischen Sicherheitskräfte ANSF. Dabei stellen sich die Fragen, nach Quantität und Qualität von Armee und Polizei, nach dem Umfang

des NATO-Truppenabzugs und was über 2014 hinaus aus der Mission ISAF werden soll.

Die ANSF verfügen derzeit über einen Personalumfang von ANSF 337.187 Angehörige. Diese teilen sich auf in 157.000 ANP und 187.000 Militärangehörige. Was die „Schlagkraft“ und Operationsfähigkeit der ANSF anbetrifft, so gibt es auch hier durchaus widersprüchliche Aussagen und Meinungen. Die offizielle NATO-Linie sieht das Unternehmen auf dem besten Wege: Die Afghanen verfügten inzwischen über eine ausreichende Zahl an Polizisten und Soldaten; die ANSF sei inzwischen in größerem Umfang zur Durchführung eigener Operationen, bzw. zur Führung komplexerer Aktionen in der Lage, schließlich könne man jetzt dazu übergehen – nach der Phase der Massenrekrutierung und der Ausbildung im Schnelldurchlauf – die Qualität der Ausbildung und damit der Truppe zu steigern.

Nach anderen Quellen hat die Armee nach wie vor mit einer erheblichen „Abgangsquote“ zu tun. Nach New York Times vom 15. Oktober 2012 beträgt die sog. „attrition-rate“ aktuell 27%, was gegenüber den Vorjahren immerhin ein Minus von vier Prozent ist (2011 Abgängerquote: 31%) Die Zahl der Fernbleibenden, Desertierenden etc. soll künftig auf ca 17% gesenkt werden. Auch die Zahl der sich freiwillig weiter Verpflichtenden ist noch viel zu gering, um den Bestand sichern zu können. Das aber bedeutet, dass zur Zeit noch ein großer Teil der Armee immer wieder neu rekrutiert werden muss (ein Drittel der Mannschaftsdienstgrade muss gegenwärtig im Jahresschnitt „erneuert“ werden). Diese Indizien sprechen nicht unbedingt für eine stabile Entwicklung. NYT zufolge sind auch erst 13 von 156 afghanischen Bataillonen in der Lage, selbstständig zu kämpfen.

In der Regel, so wurde uns gegenüber bekräftigt, seien alle Militäroperationen „afghanisch geführt“. Die Rede war auch davon, dass die ANA inzwischen auch zu autonomen Operationen, wie Nachtrazzen, und auch zu Einsätzen mit Luftnahunterstützung (CloseAirSupport) befähigt sei. Nachprüfen lässt sich das gegenwärtig nicht. Die Zahl dieser Operationen, so die Übersicht allein über den Zeitraum September/Oktober, ist beträchtlich. In den Briefings vor Ort wird deutlich, dass nahezu ununterbrochen in den neural-

gischen Regionen militärische Operationen stattfinden (mit den Namen Operation Shamsher 5-11). Diese Operationen in dichter Folge folgen immer noch dem alten Muster zunächst das betreffende Gebiet zu „säubern“ (also Vertreibung der Taliban/Insurgents, wozu auch die zahlreichen Festnahmen aber auch Erschießungen beitragen) und anschließend den Raum durch die afghanische Polizei zu übernehmen und zu sichern. Von einem durchschlagenden Erfolg kann (noch) keine Rede sein.

Mein Eindruck ist, dass diese Aktionen tatsächlich in hohem Maße von ANA und der Afghan National Civil Order Police (ANCOP) bestritten werden, diese Operationen zumindest auf Bataillonsebene afghanisch geführt werden und dass es durch gemeinsame Operationszentren (sog OCC-P) auch eine bessere Koordinierung der Kräfte gibt. Dass sich inzwischen eine besser ausgebildete Elite herausgeschält hat, deren Befähigung zur Planung und Durchführung komplexerer Operationen gegeben ist, davon ist auszugehen.

Aber unter dem Strich bleibt unklar, wie die Unterstützungsleistung der NATO konkret aussieht und ob diese in absehbarer Zeit überhaupt substituierbar ist. Welchen Anteil die Mentoren, Verbindungsoffiziere an der Planung und Durchführung der Aktionen haben, ist nicht ganz klar. Auszugehen ist davon, dass ohne die NATO-Aufklärungsmittel und die zumindest logistische Unterstützung durch Hubschrauber wenig geht.

Wenn es zutrifft, dass bei diesen „Ergreifungsaktionen“ oder doch besser „Capture-or-Kill-Operationen“ heute in allen Fällen afghanische Staatsanwälte anwesend, beteiligt seien, dann wäre das ein relevanter Hinweis, dass man zumindest um Rechtsstaatlichkeit (vielleicht auch nur um den Anschein von Rechtsstaatlichkeit) bemüht ist.

Zweifel an der „Effizienz“ und Wirksamkeit der ANSF bleiben. Insbesondere aber gilt, dass die afghanischen Kräfte noch auf längere Sicht auf Beratung und Unterstützung angewiesen sein werden. Das bezieht sich zweifellos auf die logistische Hilfe und auf die fehlende Befähigung zur Luftunterstützung der Bodentruppen. Die Kapazitäten zur medizinischen Evakuierung und Behandlung etwa sind stark eingeschränkt. Bei der Gefechtsfeldaufklärung bleiben die

ANSF in entscheidendem Maße von der NATO abhängig.

Andererseits scheint die Einschätzung nicht unrealistisch, dass Armee und die paramilitärischen Einheiten der Polizei durchaus in der Lage sein werden, die größeren Städte zu verteidigen und die neuralgischen Verkehrsverbindungen zu kontrollieren. Das gilt auch für den strategisch bedeutsamen Baghlan - Kunduz-Korridor, der für die Versorgung der Truppen heute ebenso wichtig ist, wie für den Abzug der ISAF-Truppen.

Die große Unbekannte wird sein, wie es sich mittelfristig auswirken wird, dass ANA und ANCOP im Feuer stehen (und nicht mehr in erster Linie ISAF) und dabei beträchtliche Verluste erleiden werden. Ist da nicht die Gefahr der Demoralisierung gegeben?

Die Kehrseite dieser Entwicklung sollte nicht unterschlagen werden: In der Regel agieren die Kampfverbände der ISAF nur noch in der zweiten Reihe bzw. als taktische Reserve. Die Berichte der Soldaten aus dem OP North (wichtiger Indikator, weil „Kampfgebiet“) bestätigen dies. Den Besatzungen der SPz Marder beispielsweise kommt diese neue Situation gewiss nicht ganz ungelegen, sie klagen aber auch darüber, dass ihr Job dadurch „langweiliger“ geworden sei. Dass ISAF heute schon nicht mehr primäres Angriffsziel ist, sondern die ANSF, führt logischerweise zu einer deutlich verbesserten Sicherheitslage für die NATO-Soldaten.

Die dadurch ausgelöste (relative) Entspannung ist in der Truppe deutlich spürbar. Vielleicht auch deshalb noch einmal konnten die Militärs vortragen, dass es gut stehe bei den Kennziffern, mittels derer man die Stimmung in der „Belegschaft“ messen könne (oder glaubt, zu können). Weniger Soldatinnen und Soldaten mussten in diesem Kontingent in die Heimat zurückgeführt werden, bei den Vorgesetzten sind weniger Dienstbeschwerden aufgelaufen usw. usf. Um es zu wiederholen, es ist verständlich und nachvollziehbar, dass der starke Druck der Jahre 2009 bis 2011 deutlich nachgelassen hat, und sich dies im Alltagsbewusstsein zeigt. Die Debatte um den Abzug tut ein Übriges dazu, dass die Anspannung nachlässt, was die militärische Führung wiederum zur Sorge veranlasst, dass die nötige Aufmerksamkeit leiden könnte.

Erfolgsstory Polizeiausbildung?

Lange Zeit galt die Ausbildung der afghanischen Polizei als die Schwachstelle des Aufbaukonzepts: Die materiell kärgliche Ausstattung auch der Bezahlung, die extrem hohe Analphabetenrate, die hohe Zahl der Verluste im Kampf, bei Anschlägen, die große Fluktuation, die Verstrickung der Polizei in Korruption und Drogenhandel, all das führte summa summarum zu einer minimalen Akzeptanz der Polizei in der Bevölkerung. Mehr noch: Sie war ganz überwiegend unpopulär, weil korrupt und gewalttätig.

Vor allem unter der Führung der USA wurde seit 2008/2009 begonnen, in einem ungeheuren Maß Polizisten zu rekrutieren, sie im Schnelldurchlauf auszubilden und für die Sicherung des von den Militärs eroberten Raumes einzusetzen.

Nun, heißt es, sei man in einer neuen Phase. Man spricht bei den EU- und deutschen Polizisten von einem Quantensprung – bezogen auf die Führung der Polizei und der afghanischen Ausbilder. Für die Auszubildenden in der Grundausbildung gelte das allerdings nur bedingt (wenn überhaupt).

Die Grundausbildung, an der Private Military Companies wie DynCorps immer noch beteiligt seien, sei ausgeweitet worden, bei den Ausbildungsstandards habe es eine Annäherung zwischen US- und EU-Standards gegeben. Die Löhne der Polizei hätten sich gegenüber vor fünf Jahren verdoppelt, wobei eingeräumt wird, dass auch ein Verdienst von 250 Dollar für eine mehrköpfige Familie eigentlich zu gering sei. Vor allem habe sich der Bildungsgrad des Führungsnachwuchses deutlich erhöht. Darüber berichteten uns Vertreter der EUPol-Mission zur Beratung und zum Mentoring der Führungsebene. Niederländische und deutsche Polizisten, die im German Police Training Centre (GPTC) zusammen ausbilden, präsentierten folgende Zahlen:

Im GPTC waren 3/2010 220 Ausbildungsplätze vorgesehen. Seit 3/2012 sind dort 500 Plätze vergeben. Seit 2010 wurden in Mazar e Sharif rund 2.600 Polizisten ausgebildet. Man hält eine Zahl von 2.000 ausgebildeten Polizisten für die verschiedenen Führungsebenen für realistisch.

Als Grundproblem haben die Niederländer, die in Polizeiausbildung und Aufbau des Rechtsstaates en-

gagiert sind, ausgemacht, dass man jetzt zwar einen guten Standard bei der Polizei erreicht habe, aber auf der anderen Seite ein kaum funktionierendes Justizwesen. Zwar werden auch hier einige Erfolgszahlen gemeldet (...), aber – wie auch die Meldungen über die unhaltbaren Zustände in den afghanischen Gefängnissen bestätigen – bleibt ein rechtsstaatlich ausgerichteter Justizsektor defizitär.

Hinzuzufügen wäre vor allem: Die Ausbildungsbestrebungen der internationalen Einrichtungen mögen von dem Ziel geleitet sein, den Grundgedanken „Die Polizei – dein Freund und Helfer“ zu implementieren. Zugleich wird eine entsprechende Umsetzung durch die repressiven staatlichen bzw. halbstaatlichen Strukturen (Warlord-Herrschaft) blockiert, beeinträchtigt, konterkariert. Eine Auflösung dieses Widerspruchs wird nicht den Bediensteten im Staatswesen, ob Polizisten oder Richter, aufzubürden sein. Die flächendeckende Durchsetzung rechtsstaatlicher Minimalstandards wird nur durch Schritte zur Demokratisierung der staatlichen Institutionen, der öffentlichen Verwaltung möglich sein. Davon ist das Land noch weit entfernt.

Ob die verschiedenen Polizei-Abteilungen (Grenzpolizei, Gendarmerie etc.) tatsächlich in einer grundlegend besseren Verfassung sind, weniger korruptionsanfällig und ansatzweise rechtstaatlich orientiert, ist jedenfalls sehr die Frage. Aber es könnte eine Schlüsselfrage für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in der Zukunft werden.

Afghan Local Police und die Frage der Milizen

Die großen (regionalen) Sicherheitslücken sollen gegenwärtig nach dem Willen der USA und in deren Gefolge dem Bestreben der Karzai-Regierung durch den intensiven Ausbau der sog. Afghan Local Police gefüllt werden. Versuche in dieser Richtung gab es mehrere. Unter wechselnden Namen sollten milizartige Verbände aufgelöst, umorientiert, bzw. „umgewidmet“ werden. Von der Regierung kurzzeitig ausgebildet, zertifiziert, sollte ihnen die Aufgabe zukommen, in den kleinen Städten und Dörfern für den Schutz vor Taliban und anderen Aufständischen zu sorgen. Inzwischen gibt es knapp 20.000 Angehö-

rige in solchen Einheiten, die Zahl soll auf ca. 30.000 aufgestockt werden. Die besonders umstrittenen „Schutztruppen“ namens Critical Infrastructure Protection Units sind inzwischen aufgelöst worden.

Auch hier überwiegen die kritischen Fragen: Wird mit dem angestrebten Aufwuchs der ALPs nicht das staatliche Gewaltmonopol ausgehöhlt; droht nicht eine ethnische Parzellierung, die teilweise Konflikte von Dorf zu Dorf hervorruft und wird nicht die Gefahr weiterer Gewalt-Eskalation durch Mehrung der Waf-fenpotenziale vergrößert? Wäre es da nicht sinnvoller, die alten Entwaffnungsprogramme neu aufzulegen und konsequent zu verfolgen?

Die deutschen Militärs weisen darauf hin, dass diese Polizeiverbände sehr wirkungsvoll bei der Bekämpfung der Taliban seien, als quasi bevölkerungs-näherer Ordnungsfaktor. Allerdings weisen sie stets darauf hin, dass die Bundeswehr nicht unmittelbar mit ihnen kooperiere – im Unterschied zu den Amerikanern, die auch für deren Schnellausbildung zuständig seien. Von der ALP sind noch die Arbaki-Milizen zu unterscheiden, die auf eigene Rechnung arbeiten, durch besondere Grausamkeit auffallen, die aber vom Staat offenkundig nicht kontrolliert werden können. Auf deren Konto geht der Mord an 15 Zivilisten in der Nähe von Kunduz, vermutlich als Racheakt für die Ermordung eines Mitglieds dieser Miliz. (Bsp. Vorfall in Khandam, 2.9.2012)

Es wird sehr darauf ankommen, die Problematik dieser milizähnlichen Verbände mehr zum Thema machen und sich gegen die Bagatellisierung der von ihnen ausgehenden Gefahren zu wenden. Auch die afgh. Menschenrechtskommission AIHRC weist auf dieses Problem hin.

Zukünftige Aussichten

In den zahlreichen Gesprächen wurde deutlich, dass die bevorstehenden Wahlen zur Präsidentschaft und zum Parlament 2014/2015 von vielen – neben dem Truppenabzug – zur Kardinalfrage der afghanischen Zukunftsentwicklung gemacht werden. Während die eine Seite bereits kräftig daran arbeitet, die eigenen Machtprivilegien auf längere Sicht zu befestigen (das Karzai-Lager), versuchen sich alle Unzufriedenen, Zukurz-Gekommenen, an den Rand Gedrängten neu auf-

zustellen und hoffen auf die große Veränderung in den nächsten beiden Jahren. Damit wächst tagtäglich die Gefahr des weiteren Auseinanderdriftens des Landes, der regionalen (ethnischen) Fragmentierung, unkontrollierter Konfrontationen, die in neuerliche Gewalt umschlagen könnten.

Die renommierte International Crisis Group warnt nicht umsonst vor dem Worst Case eines neuen Bürgerkrieges, wenn es nicht gelingen sollte, diese widerstreitenden Lager im Vorfeld und während des Wahlprozesses auf eine Verständigungslinie zu einigen (was nicht auf eine „Allparteien-Allianz“ hinauslaufen muss). Zumindest sollte es allgemein anerkannte und beachtete Regeln geben, wie der politische Wettstreit möglichst offen und fair ausgetragen werden kann. In Islamabad hatten wir Gelegenheit mit der Autorin dieses ICG-Reports zu sprechen. Ihre Hauptsorge ist in der Tat, dass Präsident Karzai alles versuchen wird (Wahlmanipulation inklusive), sich und seinen Clan an der Macht zu halten und dies zu massiven politischen Verwerfungen führen könnte. Daher konzentrieren sich die Vorschläge der Gruppe auf die Durchsetzung möglichst einwandfreier, gerechter Wahlen und einen Verfassungsprozess, der möglichst alle politischen Akteure einbezieht.

Ob hier positive Wendungen bis 2014 zu erwarten sind, darf folglich bezweifelt werden. Im Bereich guter Regierungsführung seien eigentlich kaum Fortschritte zu erwarten, sagen die eingeweihten Beobachter der Szene. Man geht schlicht davon aus, dass die bekannte Vettern- und Patronagewirtschaft weitergeht.

Ob unter diesen Vorzeichen die Opposition überhaupt eine Chance haben wird, scheint eher fraglich. Andererseits wird es auch als eher unwahrscheinlich eingeschätzt, dass der Bruder des jetzigen Präsidenten Abdul Quayum Karzai als aussichtsreicher Kandidat ins Rennen gehen wird.

Als einigermaßen gesichert gilt, dass sich die Machtverhältnisse weiter ausdifferenzieren werden und lokale Machthaber wie Ismael Khan in Herat oder Mohammad Atta in Mazar e Sharif mehr an Einfluss gewinnen werden.

Zu unserem Erstaunen erwähnten unsere verschiedenen Gesprächspartner die Frage der Verhandlungen mit den feindlichen Taliban in ihren Einlei-

tungsbeiträgen in der Regel nicht, sondern erst auf Nachfrage. Darin drückte sich die große Skepsis aus, ob hier kurzfristig Erfolge erzielt werden können. Die Frustration über den bisher äußerst schleppenden Fortgang der verschiedenen „Friedensinitiativen“ sitzt tief. Auch westliche Beobachter äußerten sich sehr zurückhaltend, ob überhaupt mit Fortschritten bis 2014 zu rechnen sei. Pakistan und auch der Iran werden mittelfristig als Störfaktoren angesehen, ohne die sich aber wenig bewegen lassen. Die Streitigkeiten innerhalb der Internationalen Gemeinschaft oder zwischen diesen Staaten und der Karzai-Regierung verhindern bis dato, dass es überhaupt zu einer kohärenten Strategie der potenziellen Unterhändler kommt. Schlechte Vorzeichen also für eine diplomatische Lösung des Konflikts. Es wäre aber fatal, wenn dies dazu führte, dass der Verhandlungsansatz in den nächsten Monaten völlig vernachlässigt würde und die Staatengemeinschaft, angeführt von den USA, nur auf die mögliche Stabilisierung des Karzai-Regimes setzen würde. Eine solche Rechnung könnte, wie so vieles am Hindukusch, ziemlich schief gehen.

Zu den großen ungelösten Fragen gehört auch, wie das Land den Abzug von voraussichtlich über 100.000 Soldatinnen/Soldaten verkraften wird, die wiederum tausende Afghanen beschäftigt und finanziert haben. Gerade in den Gegenden, in denen sich die regionale Ökonomie in starker Abhängigkeit von den militärischen Stützpunkten entwickelt hat, reißt der Abzug eine erhebliche Lücke. Die jetzt gerne he-

raufbeschworene rosige Zukunft des Landes, wegen der bestätigten umfangreichen Rohstoffvorkommen, ist zunächst ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Um diese Rohstoffe wie Kupfer, Erze, Seltene Erden etc. gewinnbringend ausbeuten zu können, bedarf es erst einmal umfangreicher Investitionen in die Infrastruktur des Landes und in die Erschließung der Lagerstätten. Ob es gelingt, die dafür erforderlichen Großinvestoren zu finden, wird sich noch zeigen. China und Indien stehen bereit, die Unternehmen in den westlichen Industriestaaten scheinen eher zögerlich und warten die weitere Entwicklung der Sicherheitslage ab. Aus diesem Teufelskreis scheint es derzeit keinen richtigen Ausweg zu geben. Die wirtschaftliche Entwicklung hängt ab von Fortschritten bei der Gewaltreduzierung, aber ohne sozialen Fortschritt ist eine politische Stabilisierung kaum zu erreichen. Da helfen die auf der Gipfelkonferenz von Tokio zugesagten Hilfspakete in zweistelliger Milliardenhöhe (wenn sie denn umgesetzt werden) wenig. Nötig wäre in dieser Hinsicht zweierlei:

Ein ausgehandelter Friedensprozess, der den Weg öffnen könnte für den Beginn intensiver Entwicklungsbemühungen.

Und ein von den afghanischen Interessen geleitetes wirtschaftliches Förderkonzept, das darauf orientiert, dass rasch und in ausreichendem Maße Arbeitsplätze entstehen und das sicherstellt, dass die künftigen Einnahmen aus den Direktinvestitionen auch wieder im Land reinvestiert werden.